

Am Pranger im Parlament.

Am Mittwoch vergangener Woche ging es im Plenum des Deutschen Bundestages um den Antisemitismus – nicht in unserer Gesellschaft, wie er von allen als gleichsam endemisch eingeräumt wurde, sondern der der LINKEN. Das Thema ist so ernst, dass es einer kritischen Debatte wert gewesen wäre. Doch die Vorlage, die CDU und FDP benutzten, war ein Pamphlet zweier einschlägig bekannter sog. antideutscher „Wissenschaftler“, welches von der Presse in die Öffentlichkeit lanciert worden war. Es ist wissenschaftlich wertlos und von solcher lausiger Qualität, dass es notgedrungen jeden disqualifizieren muss, der sich davon inspirieren lässt. Und so war denn auch diese „Aktuelle Stunde“, in der elf Redner und eine Rednerinnen eine Kollegin vor sich hertrieben, um eine Fraktion fertig zu machen, der praktisch kein Platz für eine argumentative Verteidigung gelassen wurde. Der Bundestag ist nicht bekannt für viele Sternstunden der Debattenkultur, aber in dieser Stunde war es stockdunkel im Hohen Haus.

Die Schwierigkeit jeder Diskussion beginnt mit dem Antisemitismusbegriff, der Klärung dessen, was man unter Antisemitismus versteht. Die Abgeordneten haben keinen Begriff, die beiden Autoren ebenfalls nicht, obwohl sie sich auf eine Arbeitsdefinition der Europäischen Union berufen. Legt man diese allerdings dem Verhalten der LINKEN als Maßstab an, wird einem sofort die Substanzlosigkeit der Vorwürfe klar.

- Erstes Kriterium der EU ist „das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung“, was z.B. mit der Behauptung, die Existenz des Staates Israels sei ein rassistisches Unterfangen, erfüllt sei. Niemand in der LINKEN hat jemals diesen Unsinn behauptet. Der Nachweis des Rassismus in der aktuellen Politik eines Netanyahu und Liebermann allerdings und die Warnung vor den rassistischen Gefahren, die in der Proklamation eines rein jüdischen Staates angesichts 1,5 Mio. Araber in Israel liegen, sind keine Erfindung der LINKEN, sondern das Ergebnis verbreiteter kritischer Analysen der israelischen Politik.
- „Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.“ Mit diesem zweiten Kriterium sollte man lieber die Einstellung jener Israelfreunde und Antisemitismuskritiker beurteilen, die den offenen Völkerrechtsnihilismus der israelischen Politik akzeptieren und die Kriegsverbrechen des Gaza-Krieges sowie die Praxis der gezielten Tötungen ungesühnt lassen wollen. Es ist gerade die Forderung der LINKEN, dass Israels Besatzungspolitik und Kriegsführung die gleichen völkerrechtlichen Regeln einhält, wie sie von allen Staaten der UNO gefordert werden. Wer Bashir und Gaddafi mit Haftbefehlen vor den Internationalen Strafgerichtshof bringen will, sollte die Verantwortlichen des Gaza-Krieges Barak, Livni und Ashkenasi nicht aussparen. Ist das eine antisemitische Forderung?
- Ein drittes Kriterium nennt „das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.“ Es gibt Antisemitismus in dieser primitiven Prägung, jedoch nicht bei

der LINKEN. Der Vorwurf gezielter ethnischer Säuberung scheint allerdings für die Antisemitismuskritiker von ähnlicher antisemitischer Substanz zu sein. Er stammt aber von jüdischen Wissenschaftlern selbst und ist leider nicht bestreitbar.

- “Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.“ Dieses vierte Kriterium, wenn es denn eines für Antisemitismus ist, finden wir immer wieder - insbesondere bei jüdischen Kritikern der Politik Israels. Von der LINKEN hört man diesen Vergleich nicht, sie hat sich wiederholt und nachdrücklich von derartigen Vergleichen distanziert. Wer von israelischen Politikern aus der eigenen historischen Leidenserfahrung Sensibilität gegenüber dem Leiden der Palästinenser fordert, vergleicht nicht die Judenverfolgung im Dritten Reich mit dem Umgang Israels mit den Palästinensern, wie es mir vorgeworfen wird. Ich erinnere nur eine Gesellschaft, die ihre staatliche Existenz derart zentral mit der Erfahrung des Holocaust begründet, an die Verantwortung gegenüber dem Nachbarn.
- Schließlich das fünfte Kriterium: „Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.“ Auch dieses genuin antisemitische Syndrom ist bei der Linken nicht nachweisbar. Es findet sich jedoch spiegelbildlich bei jenen Kritikern und vorgeblichen Israelfreunden, die umstandslos Juden und Judentum mit Zionismus, Israel und israelischer Politik identifizieren. Ihr Vorwurf an Mitglieder der LINKEN, sich nach der Rede Shimon Peres nicht von den Stühlen erhoben zu haben und Außenminister Liebermann der Korruption zu bezichtigen, ist genau die Kehrseite des antisemitischen Ressentiments, welches die Kritik an den Politikern zur Kritik an den Juden macht. Man mag den LINKEN Politikern vorwerfen, den parlamentarischen Kommentar nicht beachtet zu haben. Doch das ist nicht antisemitisch, wenn man einen Politiker nicht zusätzlich ehren will, der für Okkupation, Landraub und Vertreibung mitverantwortlich ist, den Gaza-Krieg befürwortet und die Stunde zur Rechtfertigung dieser Politik nutzt. Die mangelnde Unterscheidung zwischen Politik und Judentum, d.h. die Identifizierung von israelischer Politik und kollektiver Charaktereigenschaft der Juden kennzeichnet gerade das antisemitische Ressentiment. Es tarnt sich nur mit einer zweifelhaften Israelsolidarität, die nicht wahrnehmen will oder der es gleichgültig ist, dass ihre Verteidigung einer Politik gilt, die sich selbst in den Abgrund treibt – und das mit standing ovations in Berlin und Washington.

Wenn alle diese Kriterien also nicht den Nachweis des Antisemitismus erbringen können, muss ein Sammelsurium anderer Sonderbarkeiten her, um zumindest den Eindruck des Antisemitismus zu stabilisieren: eine Internetseite mit eindeutig antisemitischem Emblem, von dem sich die Partei jedoch sofort, nachdem es ihr bekannt wurde, distanziert und Strafanzeige gegen den Urheber erstattet hat, die Teilnahme an der Free Gaza Flottille, die die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens durchbrechen wollte, die Forderung, dass mit Hamas verhandelt werden muss, was auch der frühere Botschafter Avi Primor fordert, ein palästinensischer Schal mit einer Landkarte von Palästina ohne die Grenzen Israels, die exakt den Landkarten entspricht, die in Israel mit der Überschrift „Israel“ seit vierzig Jahren verkauft werden, die Aufforderung zum Boykott israelischer Waren, von der sich allerdings Partei- und Fraktionsspitze distanziert haben, etc.

Es ist genug Unsinn gegen die Gaza Solidaritätsaktion geschrieben worden. Die Abgeordneten seien hier nur an ihren einstimmigen Beschluss erinnert, dass die rechtswidrige Blockade des Gaza-Streifens aufgehoben werden müsse. Ein antisemitisches Votum? Eine Solidarisierung mit der Hamas? Oder wird es dazu erst dann, wenn dem Beschluss mit einer friedlichen Aktion Nachdruck verliehen werden soll?

Der internationale Boykottaufruf, keine Waren aus Israel zu kaufen, ist für Deutsche in der Tat historisch belastet. Doch trifft das nicht auf jene Aufrufe zu, die sich nur auf Waren und Investitionen beziehen, die in den besetzten Gebieten produziert bzw. getätigt werden. Diese dürfen nach EU-Recht nicht als israelische Waren in die EU exportiert werden. Das Verbot wird allerdings dadurch umgangen, dass der verbotene Herkunftsort verschwiegen wird. Minister Ramsauer hat die Kritik des Aufrufs ernst genommen und die Beteiligung der Bundesbahn bei der Planung und dem Bau der Schnellverbindung Tel Aviv – Jerusalem eingestellt, da sie durch besetztes palästinensisches Gebiet führt. Ein antisemitischer Affront? Heidelberg Zement wird aufgefordert, die Ausbeutung des Steinbruchs in den besetzten Gebieten einzustellen, da es sich um Ressourcen der Palästinenser handelt, die nach den Genfer Konventionen nicht von der Besatzungsmacht ausgebeutet werden dürfen. Gleiches gilt von den Olivenbäumen, Früchten oder Gemüsen, die aus den palästinensischen Gebieten stammen. Man kann die Effektivität, den politischen Nutzen und die Opportunität derartiger Aktivitäten bestreiten aber nicht als Ausdruck des Antisemitismus diskreditieren.

Die Tabuisierung dieser inzwischen aus allen Kontinenten kommenden Kampagne hier in Deutschland macht insbesondere eines deutlich. Es geht den Kritikern gar nicht um die Juden, schon gar nicht um den Schutz der jetzt in Israel lebenden Juden, um die Existenz ihres Staates. Es geht ihnen um ihre eigene Befindlichkeit, ihr beschädigtes Gewissen, „um die Regulierung ihres gestörten emotionalen Haushalts“, wie es Moshe Zuckermann als typisch regressive Bewältigung der Vergangenheit beschreibt. Wahrscheinlich geht es den meisten nicht einmal mehr um die Sicht nach innen, um die Verantwortung vor der eigenen Moralität, sondern um die Sicht nach außen: wie stehe ich da, was sagen die anderen, die politischen Konkurrenten, schließlich die Wählerinnen und Wähler? Es geht auch nicht um die Bekämpfung des realen Antisemitismus, den man ohnehin in seiner definitorischen Beliebigkeit nicht mehr präzise fassen kann. Der Begriff verschwimmt zunehmend mit der Inflationierung seines Gebrauchs und dem ideologischen Kurzschluss, der Judentum, Zionismus, Holocaust, Israel und israelischer Politik zu einem Element zusammenbindet. Dafür stehen die jetzt gebräuchlichen Konstruktionen eines antiisraelischen oder antizionistischen Antisemitismus. Sie sollen dem Kritiker der israelischen Politik und ihrer zionistischen Mission auch das letzte Schlupfloch aus der Antisemitismusfalle nehmen: die Kritik der Politik sei nur der Mantel, unter der sich die antisemitische Gesinnung verstecke.

In dieser Funktion ist der Antisemitismusvorwurf das verlogene Mittel für ganz andere Ziele und Interessen im internen politischen Machtkampf der Bundesrepublik. So wie der Titel des Pamphlets den Tenor vorgibt: „Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit“, kommt das Echo aus dem Plenum mit einem vielstimmigen „nein“. Das ist allerdings nicht das zentrale Problem der Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs, denn die Absage an jegliche Koalition ließe sich auch anders begründen. Gefährlicher ist: hinter dem Vorwurf, der wie

eine Sichtblende hochgezogen wird, verschwindet die erschreckende Barbarisierung israelischer Politik, die nicht nur nach dem Urteil von Alfred Grosser und Mosche Zuckermann gerade dem Antisemitismus kräftig Nahrung gibt. Dass die Tabuisierung der israelischen Politik dieser nur schadet und den Einwohnern Israels, Juden wie Arabern, nicht hilft, hat die Eskalation des Nahostkonflikts in den letzten Jahren gezeigt. Wenn im Kongress in Washington die radikale Opposition Netanyahus gegen Obamas Vermittlung gefeiert wird und im Bundestag in Berlin die Kritik der LINKEN an Netanyahus Radikalität als Antisemitismus disqualifiziert wird, erwächst daraus keine Hoffnung für Israelis und Palästinenser auf eine Friedenslösung, sondern nur die Drohung weiterer Gewalt und Zerstörung.

Hamburg, d. 30. Mai 2011

Norman Paech